

RechtsEXPRESS
06-2017

Dieser Service ist für unsere Mandanten kostenlos. Wenn Sie zukünftig keinen RechtsEXPRESS mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@meuren-vdb.de.

Ihre Kanzlei
Prof. Dr. van der Broeck & van der Broeck

Allgemeines Zivilrecht

- Kaufinteressenten für eine **Immobilie** müssen auch eine **Reservierung** notariell beurkunden lassen. Dies folgt daraus, dass die Reservierung und der spätere Kaufvertrag eine rechtliche Einheit bilden und daher die Beurkundungspflicht auch für die Reservierung gilt. Wird sie nicht notariell beurkundet, ist sie formnichtig, sodass sich der Kaufinteressent auf die Reservierung nicht mit Erfolg berufen kann (AG München, Az.: 191 C 28518/15). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Eine "**Kontogebühr**" in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die von einem Verbraucher bei Inanspruchnahme eines Bauspardarlehens in der Darlehensphase zu zahlen ist, ist unwirksam (BGH, Urteil vom 09.05.2017, Az.: XI ZR 308/15). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Ein Dienstleister für **Hausnotrufe**, der trotz eindeutiger Umstände einen medizinischen Notfall nicht erkennt, muss dem Kunden Schadensersatz leisten. Aufgrund der gravierenden Verletzung des Dienstleistungsvertrages trägt er ferner die Beweislast dafür, dass der beim Kunden eingetretene Schaden nicht auf das Fehlverhalten des Unternehmens zurückzuführen ist (BGH, Urteil vom 11.05.2017, Az.: III ZR 92/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).

Arbeitsrecht / Sozialrecht

- Wer in einem Kleinunternehmen seinen Chef ein "soziales Arschloch" nennt, muss auch ohne Abmahnung mit einer **außerordentlichen Kündigung** rechnen (Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 24.01.2017, Az.: 3 Sa 244/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Auch wenn eine Krankenschwester, die in verschiedenen Krankenhäusern arbeitet, in ihrem Vertrag mit dem Krankenhausbetreiber als "**freie Mitarbeiterin**" bezeichnet wird, ist sie nicht als Selbständige, sondern als Arbeitnehmerin anzusehen, wenn sie in die betriebliche Organisation der Häuser eingebunden ist, Anweisungen der dortigen Ärzte entgegennehmen muss, durch die Stationsleitung kontrolliert wird und kein eigenes wirtschaftliches Risiko trägt. Sie ist damit u. a. sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Sozialgericht Heilbronn, Urteil vom 01.02.2017, Az.: S 10 R 3237/15). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Unterbreitet der Arbeitgeber mit einer **Änderungskündigung** dem Arbeitnehmer ein (neues) Vertragsangebot, muss dies so konkret sein, dass der Arbeitnehmer es ohne Weiteres annehmen kann (BAG, Urteil vom 26.01.2017, Az. 2 AZR 68/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).

Bau- und Architektenrecht

- Tiefbauunternehmen müssen sich beim zuständigen Versorgungsunternehmen über im Erdreich verlegte **Versorgungsleitungen** informieren. Auf die dem Tiefbauer vom Versorgungsunternehmen überlassene Bestandspläne über solche Leitungen, darf sich der Tiefbauer verlassen und braucht nicht weiter zu forschen, ob evtl. weitere Leitungen vorhanden sind, die nicht im Plan verzeichnet sind (OLG Brandenburg, Urteil vom 05.04.2017, Az.: 4 U 24/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Eine Festsetzung in einem vorhabenbezogenen **Bebauungsplan**, dass nur Vorhaben zulässig sind, die innerhalb der im Durchführungsvertrag vereinbarten Frist fertiggestellt werden, ist nicht durch § 12a Abs. 3 Satz 1 BauGB zu legitimieren. (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Nicht jedes Bauprojekt, das sich auf den Kauf von Grundstücken und die anschließende Bebauung richtet, führt zur **Grunderwerbsteuerpflicht der Bauerrichtungskosten**. Beim Kauf eines Grundstücks mit anschließender Bebauung unterliegen die Bauerrichtungskosten dann nicht der Grunderwerbsteuerpflicht, wenn der zunächst für die Bebauung des Grundstücks vorgesehene Vertrag mit dem Generalunternehmer nach dem Abschluss des Grundstückskaufvertrags in wesentlichen Punkten geändert wurde (BFH, Urteil vom 08.03.2017, Az.: II R 38/14). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).

Familienrecht / Erbrecht

- Gegen die Durchführung eines **Versorgungsausgleichs im Scheidungsverfahren** können schwere Misshandlungen des einen Ehegatten gegenüber dem anderen Ehepartner sprechen, wenn der Täter von den Rentenansprüchen des Opfers profitieren würde. Daran ändert auch ein Versöhnungsversuch vor der Scheidung nichts (Oberlandesgericht Oldenburg, Beschluss vom 18.04.2017, Az.: 3 UF 17/17, rechtskräftig). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Für ein 26-jähriges Kind, das nach dem Abitur und einer absolvierten Lehre noch ein Studium beginnt, muss kein **Ausbildungsunterhalt** bezahlt werden, wenn der Unterhaltspflichtige nicht mehr mit dem Beginn des Studiums rechnen musste und bereits schützenswerte finanzielle Dispositionen getroffen hat (BGH, Beschluss vom 03.05.2017, Az.: XII ZB 415/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Für die **Adoption eines Stiefkindes** ist nicht ausreichend, dass der neue Partner Entscheidungs- und Informationsrechte im Blick auf das Kind haben muss. Ausnahmsweise ist eine Adoption zulässig, wenn die Adoption erhebliche Vorteile für das Kind bringt (OLG Oldenburg, Beschluss vom 26.03.2017, Az.: 4 UF 33/17). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).
- Die **Schutzimpfung eines Kindes** ist auch dann eine Angelegenheit von erheblicher Bedeutung für das Kind, wenn es sich um eine sogenannte Standard- oder Routineimpfung handelt. Bei Uneinigkeit der Eltern über die Durchführung einer solchen Impfung kann die Entscheidungsbefugnis dem Elternteil, der die Impfung des Kindes entsprechend den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut befürwortet, jedenfalls dann übertragen werden, wenn bei dem Kind keine besonderen Impfrisiken vorliegen (BGH, Beschluss vom 03.05.2017, Az.: XII ZB 157/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).

Wohnungseigentumsrecht/Mietrecht

- Alleinige Inhaberin des Anspruchs auf **Zahlung des Wohngeldes** ist die Wohnungseigentümergeinschaft. Erfüllt ein Wohnungseigentümer seine Verpflichtung zur Zahlung des Wohngeldes nicht, kommen gegen ihn nur Schadensersatzansprüche der Wohnungseigentümergeinschaft, nicht aber der einzelnen Wohnungseigentümer in Betracht (BGH, Urteil vom 10.02.2017 - V ZR 166/16). (Quelle: beck-aktuell Redaktion).